Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Freitag, 25. November 2011
Ausgabe 225
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› Glückwünsche für Christel Sembach-Krone zum 75. Geburtstag 4
› Wohnungsbau: München verstärkt sein Engagement 4
› Im Schatten von Durban – Klimaschutz in der Landeshauptstadt München 15
› Anteil freiheitsentziehender Maßnahmen in Altenhilfeeinrichtungen im Stadtgebiet auf 13 Prozent gesenkt 18
› Programm der 13. Münchener Biennale vorgestellt 19
› Schließung des Taxibüros am 30. November und 1. Dezember 20
› Eingeschränkte Erreichbarkeit des Amtes für Wohnen und Migration 20
› Reparaturarbeiten an der südlichen Turmuhr der Frauenkirche 20
› Bauzentrum München: Vortrag „Stromfressern den Garaus machen“ 21
› Noch Karten für Konzert mit Lorin Maazel und Münchner Philharmonikern 21
› Zubin Mehta zu Gast im Theaterforum Münchner Stadtbibliothek 22
› Niederländischer Filmabend in der Stadtbibliothek Am Gasteig 23
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 18. bis 24. November 23
› Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche 24
Baustellen aktuell **25**
Antworten auf Stadtratsanfragen **26**
› Wenn die Geduld zu Ende geht – endlich die Stadtrats-Notebooks absturzsicher machen! 26

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **28**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Samstag, 26. November, 14.30 Uhr,
TSV München-Solln e.V., Herterichstraße 151
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht anlässlich der Einweihung der neuen Sporthalle des TSV München-Solln e.V. und der modernisierten Bezirkssportanlage Herterichstraße 141.

Wiederholung
Montag, 28. November, 11 Uhr, Ratstrinkstube
Tourismusdirektorin und Christkindlmarktleiterin Dr. Gabriele Weishäupl eröffnet die Himmelswerkstatt, das kostenlose Aktionsprogramm für Kinder von sechs bis zwölf Jahren, am Münchner Christkindlmarkt.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Montag, 28. November, 19 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Stadtschulrat Rainer Schweppe spricht zur Eröffnung der Wahl zum Gemeinsamen Elternbeirat der Horte und Tagesheime (GEBHT) der Landeshauptstadt München.

Wiederholung
Montag, 28. November, 19.30 Uhr, Weltsalon, Tollwood-Gelände
Oberbürgermeister Christian Ude liest aus seinem neuen Buch „Mein Pinselohrschwein und andere große Tiere". Ein Auftritt beim Winterfestival 2011 war Udes Einsatz für die diesjährige Städtewette für die Stiftung „Menschen für Menschen" von Karlheinz und Almaz Böhm, den der OB jetzt einlöst, obwohl er die Städtewette gewonnen hatte.

Dienstag, 29. November, 11 Uhr, Otto-Hahn-Ring 25
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Einweihung der Kindertagesstätte SieKids Kleine Forscher in Perlach. Sie ist bereits die zweite Kindertageseinrichtung, die die Siemens AG gemeinsam mit der Landeshauptstadt München realisiert.

Wiederholung
Dienstag, 29. November, 19 Uhr,
Jüdisches Museum München, St.-Jakobs-Platz 16
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Eröffnung der Ausstellung „Juden 45/90. Von da

und dort – Überlebende aus Osteuropa". Weitere Redner sind Dr. Hans-Georg Küppers, Kulturreferent der Landeshauptstadt München, Bernhard Purin, Direktor des Jüdischen Museums München, sowie Jutta Fleckenstein und Tamar Lewinsky, Kuratorinnen der Ausstellung.
Achtung Redaktionen: Die Pressekonferenz zur Ausstellung „Juden 45/90. Von da und dort – Überlebende aus Osteuropa" findet am Montag, 28. November, um 11 Uhr im Foyer des Jüdischen Museums statt.

Mittwoch, 30. November, 18 Uhr, Allerheiligen-Hofkirche
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zur Verleihung des Prix Courage 2011, der von der ZDF-Redaktion „ML Mona Lisa" und Clarins Deutschland vergeben wird. Preisträgerin ist Bärbel Kannemann. Mit ihrem Projekt EILOD e.V. gründete sie die erste Initiative gegen das Phänomen Loverboys, das minderjährige Mädchen in die Prostitution zwingt (EILOD – Elterninitiative für Loverboyopfer in Deutschland).

Mittwoch, 30. November, 18 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Bürgermeisterin Christine Strobl übergibt die Kerschensteiner-Medaille 2011 an Stadtschulrätin a.D. Elisabeth Weiß-Söllner. Mit der Kerschensteiner-Medaille werden von der Stadt jährlich Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich besondere Verdienste um die Bildung von Kindern und Jugendlichen in München erworben haben. Stadtschulrat Rainer Schweppe eröffnet die Veranstaltung. Bürgermeisterin Christine Strobl hält die Laudatio.

Bürgerangelegenheiten

Freitag, 2. Dezember, 14 bis 15 Uhr
Telefonische Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 1 (Altstadt - Lehel) mit dem Vorsitzenden Wolfgang Püschel, Telefon 22 80 26 76.

Meldungen

Glückwünsche für Christel Sembach-Krone zum 75. Geburtstag
(25.11.2011) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Christel Sembach-Krone zu ihrem bevorstehenden 75. Geburtstag: „Seit vielen Jahren haben Sie als Direktorin des im europäischen Raum größten reisenden Zirkus durch ihr kreatives Schaffen entscheidend das circensische Antlitz unserer Stadt mitgeprägt. Ihrer noch immer ungehinderten Verbundenheit zu Ihrem Zirkus nach zu urteilen, sind Sie von einem geruhsamen Lebensabend noch weit entfernt. So arbeiten Sie weiterhin unerschöpflich als Zirkusdirektorin an der Spitze eines vielköpfigen und imposant facettenreichen Teams aus Mensch und Tier, wobei Sie Ihr Wissen und Ihre langjährige Erfahrung als Leiterin mit außerordentlichem Elan einbringen. Sie haben dabei nicht nur unzähligen Menschen im Rahmen von unvergesslichen Vorstellungen viel Freude bereitet, sondern durch Ihr umfangreiches soziales Engagement bewiesen, dass Sie bei Ihrem Tun stets auch das gesellschaftliche Wohl im Blick haben.
So möchte ich diesen Anlass nutzen, Ihnen sowohl für Ihr soziales Engagement als auch für Ihre Verdienste als internationale Botschafterin für die Landeshauptstadt München meinen Dank auszusprechen.
Ich wünsche Ihnen noch viele Jahre bei bester Gesundheit, damit Sie Ihr vielfältiges Wirken auch in Zukunft mit Freude und Vitalität fortsetzen können."

Wohnungsbau: München verstärkt sein Engagement
(25.11.2011) Oberbürgermeister Christian Ude informierte gestern im Rahmen einer Pressekonferenz gemeinsam mit Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk über die anstehende Fortschreibung des wohnungspolitischen Handlungsprogramms „Wohnen in München V" und die geplante Wohnungsbauoffensive 2012 - 2016.
OB Ude: „Keine Stadt tut so viel wie München, um preiswerten Wohnraum zu erhalten, städtischen Wohnungsbestand auszuweiten und vor allem den Neubau anzukurbeln – allerdings hat es auch keine andere deutsche Stadt so dringend nötig, da die Wirtschaftskraft der Stadt mit ihrem herausragenden Job-Angebot, ebenso die hohe Zahl bester Ausbildungs- und Studienplätze sowie die kulturelle Vielfalt der Stadt einen kräftigen Zuzug auslösen und auch der erfreuliche Geburtenüberschuss zu weiterem Bevölkerungswachstum führt.
Die starke Wohnungsnachfrage ist die Kehrseite des wirtschaftlichen Erfolgs und der Attraktivität unserer Stadt sowie der positiven demografi-

schen Entwicklung. Der Mangel an Wohnraum trifft nicht nur Wohnungssuchende, sondern auch Mieter, die mit einem höheren Mietniveau leben müssen als die Bewohner weniger attraktiver Städte. München weist das allerhöchste Niveau aus, allerdings nach einer heute von der BILD-Zeitung veröffentlichten Vergleichsstudie der F+B-Immobilien-Beratung in den 100 größten Städten keineswegs den schnellsten Anstieg. Die größten Steigerungen in den vergangenen fünf Jahren sind in Hamburg zu verzeichnen (21,6 Prozent) sowie in Trier (19,4 Prozent), Ingolstadt (18,1 Prozent) und Potsdam (18 Prozent). Nach Oldenburg (17,5 Prozent) folgt mit Erlangen (16,7 Prozent) eine weitere bayerische Stadt mit gutem Arbeitsplatzangebot auf Platz 6. Dies bedeutet, dass der Anstieg der Mieten, die einen immer größeren Anteil des Einkommens fressen, kein spezifisches Münchner Problem darstellt, sondern zu einem weit verbreiteten Großstadtproblem geworden ist. Auch der STERN hat das ‚teure Großstadtpflaster' als weit verbreitetes soziales Problem benannt. Dies rechtfertigt die Hoffnung, dass wohnungspolitische Forderungen, die vom Münchner Stadtrat seit Jahrzehnten erhoben werden, beispielsweise

- nach einer stärkeren gesetzlichen Begrenzung des Mietanstiegs
- nach steuerlichen Anreizen für den privaten Wohnungsbau und
- nach landespolitischen Maßnahmen gegen die Umwandlungsspekulation

endlich mehr Gehör finden und Realisierungschancen erhalten. Als Präsident des Deutschen Städtetags habe ich bereits erste positive Signale aus den Bundestagsfraktionen erhalten.

Erfolgsbilanz bisheriger wohnungspolitischer Handlungsprogramme

Die Erfolgsbilanz der wohnungspolitischen Handlungsprogramme ‚Wohnen in München I' bis ‚Wohnen in München IV' 1990 - 2010 kann sich demnach auch sehen lassen:

- Es wurde neues Baurecht für knapp 55.000 Wohneinheiten (WE) geschaffen, über 125.000 WE wurden genehmigt und über 115.000 WE fertiggestellt.
  (in etwa so viel wie der gesamte Wohnungsbestand der Landeshauptstadt Wiesbaden).
- Die zur Verfügung stehenden kommunalen Fördermittel lagen und liegen höher als die von ganzen Bundesländern wie zum Beispiel Baden-Württemberg.
  (dort für 2012 Erhöhung auf 73 Millionen, in München Erhöhung auf 160 Millionen pro Jahr)
- Auch wegen dieser erheblichen Neubauleistung sind die Wiedervermietungsmieten im 20-Jahres-Mittel im Altbau nur um 2,2 Prozent jährlich

und in den Nachkriegsbauten noch moderater nur um 1,5 Prozent jährlich gestiegen.

Der Wohnungsmarkt wird sich in den nächsten Jahren wohl trotz aller wohnungspolitischen Anstrengungen nicht entspannen. Der Wohnungsbedarf bleibt mit zirka 7.000 Wohneinheiten jährlich auf sehr hohem Niveau. Deshalb muss die Landeshauptstadt mehr als jede andere deutsche Stadt wohnungspolitisch aktiv sein, d. h. den Wohnungsbestand schützen und den Neubau, insbesondere den geförderten, weiter ankurbeln.

Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2010:
Münchnerinnen und Münchner fühlen sich wohl in ihrer Stadt

Das spiegeln auch die Ergebnisse der aktuellen Bürgerinnen- und Bürgerbefragung wider. Wie schon die Befragungen aus den Jahren 2005 und 2000 zeigt sie, dass die meisten Münchnerinnen und Münchner sich in ihrer Stadt wohl fühlen. Die Befragten sind sowohl mit vielen Aspekten in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung als auch mit der Gesamtstadt zufrieden. Die aktuellen Ergebnisse bestätigen aber auch, dass die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum sowie mit Einrichtungen der Kinderbetreuung weiterhin zu den zentralen Herausforderungen der Stadt gehören.

Herausforderungen

Diesen und weiteren zahlreichen Herausforderungen muss sich der Münchner Wohnungsmarkt in den nächsten Jahren stellen. Dazu gehören:

- Die Einwohnerzahl der Landeshauptstadt München wird mittelfristig bis 2030 um über zehn Prozent, d. h. auf über 1,5 Millionen wohnberechtigte Einwohner steigen. Dieses Wachstum stellt eine große Herausforderung für die Landeshauptstadt dar. Dem steht ein Rückgang der staatlichen Fördermittel und der Flächenreserven gegenüber.
- Die soziale Polarisierung nimmt eher zu, auch wenn die Segregation in München im Vergleich zu anderen Städten eher gering ist. Bei aufgrund von Bindungsabläufen schrumpfenden Sozialwohnungsbeständen müssen in den Quartieren vermehrt Integrationsangebote bereitgestellt werden.
- Auch die Münchner Bevölkerung wird älter, wenn auch nicht so stark wie in Deutschland insgesamt.
- Die Umsetzung energetischer Optimierung im Neubau und im Bestand wird angesichts der Herausforderung des Klimawandels zunehmend wichtiger.

‚Wohnen in München V' – Wohnungsbauoffensive 2012 bis 2016

Kommunale Wohnungspolitik ist in München eine ständige und – wie die hohe Zustimmung zu unseren bisherigen Handlungsprogrammen zeigt – politisch breit getragene Aufgabe. Das neue wohnungspolitische Hand-

lungsprogramm ‚Wohnen in München V' das am 7. Dezember in den Stadtrat eingebracht wird, ist eine Weiterführung der früheren Handlungsprogramme zu ‚Wohnen in München' und greift deren Themen und Problemlösungsansätze auf. Die bestehenden, vielfältigen Förderprogramme haben sich auch unter den schwierigen Rahmenbedingungen weitgehend bewährt, sollen aber da, wo notwendig, an neue Entwicklungstrends angepasst werden.

Erfolgreiche Münchner Ansätze

Viele der über Jahre entwickelten erfolgreichen Münchner Ansätze, wie zum Beispiel das Konzept der Münchner Mischung, die Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN), die kommunalen Wohnungsbauprogramme, die hohen kommunalen Fördermittel beziehungsweise die Bestandsschutzinstrumente gelten bundesweit als beispielgebend und wurden von anderen Großstädten wie Stuttgart, Frankfurt, Köln und Hamburg modifiziert aufgenommen. Wir halten an ihnen fest und wollen sie, wo notwendig, weiterentwickeln.

Ziele der Wohnungsbauoffensive 2012 bis 2016 sind:

- Schnellere und verstärkte Baurechtschaffung für den Wohnungsbau
- Weiterentwicklung der großen städtischen Planungsgebiete für ein kontinuierliches Angebot an Wohnbauflächen
- Verstärkte Anstrengungen bei Grundstücksausschreibungen
- Beschleunigung und Steigerung der Grundstücks- und Fördermittelvergabe für den geförderten Wohnungsbau, wobei die zeitlichen, rechtlichen und finanziellen Risiken, die sich aus den Ausschreibungsverfahren für bestimmte Zielgruppen ergeben, durch eine verstärkte rechtliche Begleitung und eine aktive Kommunikation im Vorfeld zu reduzieren sind
- Intensivere Kontrolle der Verwendung der Fördermittel während der Bindungszeiten

Eckpunkte der Wohnungsbauoffensive 2012 bis 2016:

1. Die hohen ***Zielzahlen für die Baurechtschaffung*** (von 3.500 Wohneinheiten pro Jahr) und für den geförderten Wohnungsbau (von 1.800 Wohneinheiten pro Jahr) werden beibehalten. Dafür ist eine kurz- und mittelfristig angelegte Wohnungsbauoffensive erforderlich. Als organisatorische Konsequenz wird im Referat für Stadtplanung und Bauordnung eine ***Arbeitsgruppe Wohnungsbauoffensive*** unter Leitung der Stadtbaurätin vorgeschlagen.
2. Als Reaktion auf die gestiegenen Grundstückspreise und Mieten erfolgt eine ***Zielgruppenerweiterung für mittlere Einkommen*** um zwei neue Einkommensstufen 6 und 7 (über die bestehenden fünf Stufen hinaus). Die nominalen Einkommensgrenzen erhöhen sich dadurch z. B. beim

Einpersonenhaushalt von 19.000 auf 22.800 Euro jährlich und bei einer Familie mit einem Kind von 41.500 auf 48.150 Euro jährlich.

3. Die ***Förderquoten*** auf städtischen Flächen und im Rahmen der ‚Sozialgerechten Bodennutzung' (SoBoN) werden beibehalten. Insbesondere in Umstrukturierungsgebieten sollen die Förderquoten durch das Angebot eines Ankaufs von Grundstücken durch die Stadt oder ihre Wohnungsgesellschaften auf bis zu maximal 50 Prozent erhöht werden können. Darüber hinaus sollen aktiv Grundstücke für den geförderten Wohnungsbau durch die Stadt angekauft werden.
4. Für ***Genossenschaften und Baugemeinschaften*** werden auf städtischen Flächen feste Flächenanteile zwischen 20 und 40 Prozent der neuen Wohnungsbauprojekte vorgesehen. Das diesbezügliche Beratungsangebot der Stadt wird verbessert. Auch ist künftig eine Förderung der Genossenschaftsanteile von Einkommensschwachen möglich.
5. Angesichts der stark gestiegenen Grundstückspreise können zukünftig verstärkt bei der Ausschreibung städtischer Wohnungsbauflächen auf die Zielgruppen ausgerichtete ***Konzeptausschreibungen und ‚Bestgebotsverfahren'*** durchgeführt werden, damit kein überzogener Preiswettbewerb entsteht und neben dem Preis auch die Qualität der Konzepte besser berücksichtigt wird.
6. Die ***Zielzahlen für die unterste Einkommensgruppe*** (Stufe 1) werden von 800 auf 900 Wohneinheiten pro Jahr erhöht, das Kommunale Wohnungsbauprogramm für Benachteiligte am Wohnungsmarkt (KomPro B) und für Clearingzwecke (KomPro C) wird darin von 150 auf 200 Wohneinheiten pro Jahr erhöht.
7. Im geförderten Wohnungsbau und beim Verkauf städtischer Grundstükke wird generell mit dem KfW-Effizienzhaus 70 Standard (gemäß den Förderstufen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, bezogen auf die aktuell gültige Energieeinsparverordnung EnEV 2009) beziehungsweise bei freifinanzierter Grundstücksvergabe im Wohnungsbau in nicht fernwärmeversorgten Gebieten zumindest dem Dämmstandard des KfW-Effizienzhaus 70 eine ***verbesserte Energieeffizienz*** vorausgesetzt. Dies führt zwar im geförderten Wohnungsbau zu etwas erhöhten Kosten, andererseits senkt die Landeshauptstadt damit die zweite Miete vieler einkommensschwacher Mieter und leistet einen Beitrag zum Klimaschutz.
8. Beim ***Belegungsrechtsankaufsprogramm*** des Sozialreferats werden die Förderkonditionen deutlich verbessert, da die Schaffung von Sozialbindungen im Wohnungsbestand wichtiger wird.

9. Es werden alle rechtlichen Möglichkeiten (Erhaltungssatzungen, Zweckentfremdungsverordnung, Mieterberatung) zur ***Bestandssicherung*** voll ausgeschöpft und es wird auch weiterhin auf eine ***Verbesserung der gesetzlichen Möglichkeiten*** (Genehmigungsvorbehalt bei Umwandlungen) hingewirkt.
10. Der Rahmen für das kommunale ***Fördermittelbudget*** wird wegen der allgemeinen Preissteigerungen, der höheren Mindererlöse als Folge gestiegener Grundstückspreise, der höheren Energieeffizienz und des Ankaufs von Grundstücken im Programmzeitraum auf 800 Millionen Euro erhöht (zum Vergleich ‚Wohnen in München IV': 625 Millionen Euro).

Hohes Niveau bei Baurechtsschaffung und gefördertem Wohnungsbau

Mit dem Motto ‚Wohnungsbauoffensive 2012 bis 2016' wird deutlich, dass eine ausreichende Baurechtschaffung in den nächsten fünf Jahren das maßgebliche Ziel von ‚Wohnen in München V' darstellt.
Bereits heute ist die Stadt München in diesem Bereich sehr aktiv, in den laufenden Verfahren sollen aktuell über 13.000 Wohneinheiten ermöglicht werden:

- Freiham Nord (3.000 Wohneinheiten)
- Paul-Gerhardt-Allee (2.000 Wohneinheiten)
- Funkkaserne (1.600 Wohneinheiten)
- Prinz-Eugen-Kaserne (1.600 Wohneinheiten)
- Quartier an der Hochäckerstraße (1.200 Wohneinheiten)
- Agfa-Gelände (1.000 Wohneinheiten)
- Siemens-Gelände Obersendling (950 Wohneinheiten)
- Messestadt Riem 4. Bauabschnitt (900 Wohneinheiten)
- Dachauer/Schwere-Reiter-Straße/ ehemalige Luitpoldkaserne (900 Wohneinheiten)

Der erwartete Wohnungsbedarf von 7.000 Wohnungsneubauten pro Jahr lässt sich nur teilweise aus Bestandsbaurecht decken. Der andere Teil muss durch neue Baurechtsausweisungen für jährlich ***3.500 Wohneinheiten*** gesichert werden. Mit dieser hohen Menge an neuem Baurecht ließe sich die ambitionierte Zahl von ***1.800 geförderten Wohnungen pro Jahr*** erreichen. Das entspricht den Zielen der vorangegangenen Handlungsprogramme und soll in ‚Wohnen in München V' auf diesem hohen Niveau beibehalten werden.
In München gibt es derzeit absehbar Flächen für rund 46.000 Wohnungen. Große Konversionsflächen oder Siedlungsgebiete wie Riem und Freiham stehen anders als zu Zeiten der bisherigen wohnungspolitischen Hand-

lungsprogrammen nicht mehr zur Verfügung. Angesichts der steigenden Wohnungsmarktnachfrage, der Problematik immer komplexerer Bebauungsplanverfahren und der sich verknappenden Flächenpotentiale ist eine kurz- und mittelfristig angelegte Wohnungsbauoffensive erforderlich. Kurzfristig steht dabei insbesondere das Thema einer bedarfsgerechten Baurechtschaffung zum Beispiel durch ***Umwandlung von (noch nicht bebauten) Kerngebieten in Wohngebiete*** im Vordergrund. Mittel- bis langfristig geht es darum, im Rahmen des Projektes ***‚Langfristige Siedlungsentwicklung'*** ausreichend neue, teilweise auch schwierig zu entwickelnde Wohnungsbaupotentiale zu generieren, die Planungsüberlegungen frühzeitig anzustoßen und mit Nachdruck bis zur Baureife voranzutreiben.

Erweiterter Adressatenkreis und verbesserte Angebote im geförderten Wohnungsbau

Hauptziel der kommunalen Wohnungspolitik ist nach wie vor die Bereitstellung bzw. Schaffung einer Mindestversorgung bezahlbaren Wohnraums für Einkommensschwache.

Wie bereits erwähnt, sind ***1.800 geförderte Wohnungen das gesteckte Ziel***:

- 900 Mietwohnungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen – und damit jedes Jahr 100 Wohneinheiten mehr als bislang!
- 300 Mietwohnungen für Haushalte mit mittlerem Einkommen
- 300 Eigentumswohnungen für Haushalte mit mittlerem Einkommen
- 100 Mietwohnungen im Belegrechtsprogramm
- 200 Wohnungen für Genossenschaften und Baugemeinschaften ohne Einkommensgrenzen (keine direkte Förderung, Steuerung nur über Flächenvergaben)

Zielgruppenerweiterung

Um mittlere Einkommensgruppen trotz Mietsteigerungen weiterhin angemessen berücksichtigen zu können, werden die nominalen Einkommensgrenzen erhöht (neue Stufe 6 und 7). Eine Familie mit einem Kind hat somit die Chance, mit bis zu 48.150 Euro statt bislang 41.500 Euro Einkommen pro Jahr im geförderten Bereich eine Wohnung zu finden.

Verbessertes Beratungsangebot für Genossenschaften und Baugemeinschaften

Es ist der erklärte Wille des Stadtrates, bei Ausschreibungen von Wohnbaugrundstücken in großen städtischen Siedlungsgebieten verstärkt Flächen für Genossenschaften und Baugemeinschaften vorzusehen. Damit deren großem Informationsbedürfnis Rechnung getragen werden kann, soll eine Beratungsstelle für Genossenschaften/Baugemeinschaften/ Wohnprojekte eingerichtet werden. Darüber hinaus gibt es Programmver-

besserungen im München-Modell-Genossenschaften. So ist zukünftig eine Förderung der Genossenschaftsanteile von einkommensschwachen Haushalten möglich.

Werkswohnungsbau

Die Gewinnung von Fachkräften erfordert bezahlbaren Wohnraum. Deshalb ist es wichtig, auch die in München ansässigen Unternehmen in dieses Vorhaben miteinzubeziehen. Im Frühjahr diesen Jahres habe ich deshalb gemeinsam mit Wirtschaftsreferent Dieter Reiter 14 große Münchner Unternehmen angeschrieben und auf das Thema Werkswohnungsbau angesprochen. Ich hoffe hier auf eine breite Kooperation! Die Stadt München geht schon mit gutem Beispiel voran. So verfügen die Stadtwerke München (SWM) über zirka 550 Werkswohnungen, dazu kommen noch zirka 500 weitere werkgeförderte beziehungsweise angemiete Wohnungen.
Die SWM wollen auf eigenen Grundstücken in den nächsten zehn Jahren weitere 500 Werkswohnungen bauen und dafür 70 Millionen investieren. Und unsere städtischen Wohnungbaugesellschaften GWG und Gewofag sind dabei, ein Projekt für Wohnungen für Auszubildende (zirka 75 Wohneinheiten) umzusetzen.

Dauerhafter Wohnraum für Wohnungslose

Zudem steht München zu dem Motto ‚Wohnen statt Unterbringen' und schafft für Wohnungslose vorrangig dauerhaften Wohnraum anstatt Zimmer oder Betten in Notquartieren und Unterkünften bereitzustellen. Die in diesem Rahmen entstehenden Wohnungen sollen langfristig und mit gesicherten Belegungsrechten zur Verfügung stehen. Daher werden die Zielzahlen für das Kommunale Wohnungsbauprogramm für Benachteiligte am Wohnungsmarkt (KomPro B) und für Clearingzwecke (KomPro C) von 150 auf 200 Wohneinheiten jährlich erhöht.

Vergabe Wohnbauflächen Funkkaserne

Ebenfalls Anfang Dezember entscheidet der Stadtrat über die Vergabe von Wohnbauflächen in fünf Bauquartieren im nördlichen Bereich des Bebauungsplanes Funkkaserne. Hier sollen zirka 430 geförderte Mietwohnungen und zirka 90 freifinanzierte Studentenwohnungen entstehen. Unmittelbar danach werden wir uns mit dem südlichen Bereich der ehemaligen Funkkaserne, der schwerpunktmäßig für Genossenschaften und Baugemeinschaften vorgesehen ist, befassen.
Wir setzen somit die Vorschläge aus ‚Wohnen in München V' unmittelbar in die Praxis um!

Ausschreibung 4. Bauabschnitt Messestadt Riem

Aber auch für den freifinanzierten Markt sind Flächen vorhanden. In den nächsten Tagen beginnt die Ausschreibung für nahezu die Hälfte aller Wohnbauflächen des 4. Bauabschnitts der Messestadt Riem. Hier sollen

einmal rund 400 Wohneinheiten, davon 40 Prozent im München-Modell, ein Zuhause für Münchner Bürgerinnen und Bürger sein. Anfang nächsten Jahres wird es weitergehen mit der Vergabe der Flächen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften mit nochmals rund 220 Wohneinheiten im selben Bauabschnitt.

Münchner Mischung auch durch Grundstücksankäufe sichern

Ein wichtiges Ziel bleibt der Erhalt der Münchner Mischung. Im Gegensatz zu anderen Metropolen, die bis in die jüngste Vergangenheit komplette Trabantenstädte für sozialwohnungsberechtigte Bevölkerungsgruppen geschaffen haben, hat die Münchner Stadtplanung und Wohnungspolitik großen Wert darauf gelegt, in jedem Neubaugebiet, in dem sie stadtplanerisch auf die Struktur und die Finanzierungsmodelle und damit auf die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung Einfluss nehmen kann, tatsächlich sicherzustellen, dass weder Ghettos für Arme, noch Reservate für Privilegierte entstehen, sondern dass die gesunde Münchner Mischung zustande kommt.

Hierbei spielt die ***‚Sozialgerechten Bodennutzung'*** (SoBoN) eine wesentliche Rolle. Sie stellt eine Quote von 30 Prozent geförderten Wohnungen in den Neubaugebieten sicher und spiegelt damit ungefähr die durchschnittliche Münchner Einkommensstruktur wider. Auf eigenen Flächen ist die Landeshauptstadt München dagegen zu deutlich höheren Anteilen geförderten Wohnungsbaus bereit, um den Wohnungsmarkt zu entlasten. Die Stadt schöpft alle Möglichkeiten aus, um Gering- und Durchschnittsverdienern ein Wohnraumangebot unterbreiten zu können. Bei bestehendem Baurecht hat sie allerdings kaum rechtliche Handhabe, den Grundstückseigentümern einen Anteil an geförderten Wohnungen vorzuschreiben. Trotzdem muss es unser Bestreben sein, auch in diesen Bereichen, insbesondere auf Nachverdichtungs- und Umstrukturierungsflächen, Anteile geförderten Wohnungsbaus unterzubringen. Deshalb ist die Stadt auch in Zukunft bereit, auf ihren eigenen Grundstücken einen höheren Anteil an solchen Wohnungen zu schaffen und dafür auch Grundstücke selbst anzukaufen oder durch die städtischen Wohnungsgesellschaften kaufen zu lassen. Auf diesen städtischen Flächen werden ***Genossenschaften und Baugemeinschaften*** eigene Flächenkontingente (20 - 40 Prozent) eingeräumt. Denn Genossenschaften und Baugemeinschaften sind meist stärker gemeinschaftlich orientiert, sichern die architektonische Vielfalt und räumen dem Aspekt Energieeffizienz meist einen höheren Stellenwert ein.

Mehr innovativer Wohnungsbau für München

In der Veranstaltungsreihe ‚Innovativer Wohnungsbau für München' in den Jahren 2009/2010 habe ich die zentralen Handlungsschwerpunkte für den

Münchner Wohnungsbau mit der Fachöffentlichkeit diskutiert. Auf der Agenda standen soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit im Wohnungsbau, Dichte/Urbanität, Nachverdichtung, Wohnungstypologien der Zukunft, die Rollen der verschiedenen Wohnungsmarktakteure, vor allem der städtischen Gesellschaften, aber auch der Baugemeinschaften/ Baugenossenschaften, und innovative Ansätze in den Planungsverfahren. Die Anregungen aus dieser Reihe wurden intensiv diskutiert und in das Handlungsprogramm ‚Wohnen in München V' eingearbeitet.
Ein Beispiel ist die Optimierung der ***Grundstücksvergabeverfahren***. Ein reiner Preiswettbewerb ist, gerade in Zeiten stark steigender Grundstückspreise, eher kontraproduktiv. Denn nachhaltig stabile soziale Strukturen und ein für breite Kreise der Bevölkerung bezahlbares Wohnungsangebot ist nach wie vor eines der wichtigsten Anliegen! Die Landeshauptstadt wird deshalb zukünftig bei Grundstücksverkäufen für den freifinanzierten Wohnungsbau neben dem Grundstückspreis auch Kriterien aus der Konzeptausschreibung berücksichtigen können.

Anhebung des Fördermittelrahmens

Um all diese Ziele umsetzen zu können, muss der Fördermittelrahmen auch aufgrund von allgemeinen Kostensteigerungen, aber ebenso Programmerweiterungen, höherer Energieeffizienz und Unsicherheiten hinsichtlich der staatlichen Fördermittel von 125 Millionen auf 160 Millionen Euro jährlich angehoben werden. Für den Programmzeitraum 2012 - 2016 wird insgesamt die Summe von 800 Millionen bereit gestellt!

Bestandssicherung und -entwicklung

Es besteht nach wie vor ein hoher Bedarf an geförderten Wohnungen. Mittel- bis langfristig kann man ihn nicht mehr nur über den Neubau befriedigen. Der ***Ankauf von Belegungsbindungen*** an einzelnen freien Wohnungen ist eine ergänzende Möglichkeit. Hiervon profitieren beide Seiten: der Wohnungseigentümer durch günstige Kredite, die Stadt München durch die Möglichkeit, im Gegenzug dafür preisgünstigen Wohnungsbestand für einkommensschwache Haushalte zu sichern. Attraktiver wird das für den Wohnungseigentümer jetzt durch eine Verbesserung der Förderkonditionen. Auch der Ankauf von Wohnungen darf als ergänzende Strategie nicht mehr ausgeschlossen werden.
Neben der Neubaupolitik wird die Bestandspolitik zunehmend wichtiger. Alle rechtlichen Möglichkeiten zur ***Bestandssicherung*** müssen nach wie ausgeschöpft werden. Hierzu gehören:

Erhaltungssatzungen

Mit dem Instrument der Erhaltungssatzung gemäß § 172 des Baugesetzbuches schöpft die Stadtverwaltung schon bislang alle rechtlichen Mög-

lichkeiten aus, die Modernisierung von Altbauten so zu steuern, ‚dass die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung erhalten bleibt, wenn dies aus besonderen städtebaulichen Gründen erforderlich ist' (so genannter ‚Milieuschutz').

Vorkaufsrecht

Ein Vorkaufsrecht im Bereich von Erhaltungssatzungsgebieten kann die Wohnungseigentümer dazu veranlassen, soziale Verpflichtungen gegenüber der Mieterschaft, wie zum Beispiel eine Begrenzung der Mieterhöhung, einzugehen, um eben dieses Vorkaufsrecht abzuwenden.

Zweckentfremdungsverbot

Mit dem Zweckentfremdungsverbot wird die Umnutzung von Wohnraum insbesondere für gewerbliche Zwecke reglementiert beziehungsweise unterbunden. Dies stellt sicher, dass Bestandswohnungen nach wie vor für den Wohnungsmarkt erhalten bleiben.

Umwandlungsverbot

Die Landeshauptstadt München wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass der Freistaat Bayern den gesetzlichen Rahmen für ein Umwandlungsverbot schafft. Das Instrument des Umwandlungsverbots kann momentan nicht angewandt werden, da der Freistaat Bayern diese Möglichkeit nicht zulässt. Hierfür wäre eine Rechtsverordnung der Bayerischen Staatsregierung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 4 des Baugesetzbuches erforderlich. Eine solche Rechtsverordnung könnte die Umwandlung von Hausbesitz in Wohnungsteileigentum in Erhaltungssatzungsgebieten von einer gemeindlichen Genehmigung abhängig machen und wäre damit wesentlich wirksamer als der Erlass von Erhaltungssatzungen.

Hilfe für Mieter

Um besonders älteren Mieterinnen und Mietern den Verbleib im angestammten Viertel zu ermöglichen, werden Programme wie ‚Wohnen im Viertel', ‚Dezentrale Beratung in Alten-Service-Zentren' sowie ‚Pflege-Wohngemeinschaften' (in Zusammenarbeit mit der städtischen Münchenstift) durchgeführt.

München als lebenswerte Stadt erhalten und weiterentwickeln!

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die erfreuliche Tatsache, dass wir in einer lebendigen und prosperierenden Metropole wie München leben dürfen, auf der anderen Seite große Herausforderungen bedeutet, diese Stadt als lebenswerten Ort für alle zu erhalten.

Diesen Herausforderungen stellen wir uns mit dem vorliegenden wohnungspolitischen Handlungsprogramm ‚Wohnen in München V.'."

Im Schatten von Durban – Klimaschutz in der Landeshauptstadt München

(25.11.2011) Um das Weltklima ist es schlecht bestellt: Nie wurden mehr Treibhausgase in die Luft geblasen als 2010. Eine deutliche Verminderung der Treibhausgase ist jedoch die zwingende Voraussetzung, um die dramatischen Folgen des Klimawandels abzuschwächen. Die diesjährige Weltklimakonferenz, die am Montag im südafrikanischen Durban beginnt, wäre der geeignete Ort, um die notwendigen Maßnahmen auf dem internationalen Parkett anzustoßen. Ob dies gelingt, bleibt abzuwarten. Klar ist aber auch, dass alle gefordert sind, Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen.

„Vor allem große Städte und Metropolen müssen ihren Beitrag leisten", so Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt und Vorsitzender des Europäischen Klima-Bündnis e.V., „denn sie blasen einen Großteil der Treibhausgase in die Luft und gleichzeitig bestehen dort die größten Chancen für eine nachhaltige Reduzierung des CO_2-Ausstoßes".

Die Landeshauptstadt München hat sich daher ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Die CO_2-Emissionen sollen alle fünf Jahre um zehn Prozent reduziert und bis spätestens 2030 – bezogen auf das Basisjahr 1990 – halbiert werden. Zur Erreichung des Ziels hat der Stadtrat umfangreiche Maßnahmen verabschiedet.

Die drei wichtigen Säulen des Münchner Klimaschutzes sind das Integrierte Handlungsprogramm Klimaschutz in München (IHKM), das in die Stadtverwaltung hinein wirkt und relevante Handlungsfelder in der Verwaltung erschließt; das Bündnis „München für Klimaschutz (MfK)" für den Privatsektor sowie Kooperation auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene.

Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz in München - IHKM

Auf Grundlage eines Gutachtens des Öko-Instituts „Kommunale Strategien zur Reduktion der CO_2-Emissionen um 50 Prozent am Beispiel der Stadt München" aus dem Jahr 2004 arbeitet die Landeshauptstadt München unter der Federführung des Referates für Gesundheit und Umwelt (RGU) am IHKM. Das Gutachten des Öko-Instituts definiert rund 40 kommunale Handlungsfelder, um Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Für ihre Anstrengungen ist die Landeshauptstadt München von den Autoren der im Auftrag von Siemens erstellten Studie „German Green City Index" ausdrücklich gelobt worden.

In mehreren Schritten wird nun das IHKM umgesetzt. Das erste Maßnahmenpaket des IHKM – das „Klimaschutzprogramm 2010" – hat der Stadtrat im Juni 2010 beschlossen. Es umfasst 55 Einzelmaßnahmen. Ende

2012 entscheidet dann der Stadtrat mit einer Fortschreibung über die nächsten Schritte.

Bespiele aus dem Klimaschutzprogramm 2010:

- der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien durch die Stadtwerke München GmbH durch Investitionen in München, Deutschland und dem europäischen Ausland
- die Aufstockung des bestehenden Förderprogramms zur Energieeinsparung von zehn auf 14 Millionen Euro pro Jahr. Das Förderprogramm Energieeinsparung (FES) besteht seit 1989 und unterstützt die Münchnerinnen und Münchner, Energiesparmaßnahmen wie Wärmedämmung an ihren Wohngebäuden umzusetzen und erneuerbare Energieträger einzusetzen. Mit dem Bauzentrum der Landeshauptstadt München in der Messestadt Riem berät die Landeshauptstadt München Bürgerinnen und Bürger kompetent rund um energieeffizientes Bauen und Sanieren und den Einsatz erneuerbarer Energien.
- der Ausbau der Energieeffizienz bei städtischen Gebäuden und städtischen Wohnungsbaugesellschaften bei Neubau und Sanierung
- die Umstellung der Straßenbeleuchtung und Signalisierung auf stromsparende Technik.

München für Klimaschutz

Das im Jahr 2007 vom Stadtrat beschlossene und seit 2010 als Club fortgeführte Bündnis „München für Klimaschutz“ ist eine Plattform für Politik, Verwaltung, Unternehmen, Wissenschaft und Verbände, mit dem Ziel, gemeinsam einen Beitrag zu Begrenzung des Klimawandels zu erarbeiten. Bündnispartnerinnen und Bündnispartner verpflichten sich, die Klimaschutzziele der Landeshauptstadt München zu unterstützen und Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele zu ergreifen. Zu den zahlreichen und v.a. vielseitigen Projekten zählen zum Beispiel das vom Oekom-Verein herausgegebene Klimasparbuch, die mit dem Mieterverein und dem Hausbesitzerverein Haus & Grund ausgehandelte Münchner Modernisierungsvereinbarung, der vom Bauzentrum der Landeshauptstadt München entwikkelte Münchner Qualitätsstandard oder ein von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und der Ottmann GmbH & Südhausbau KG erstellter Leitfaden für Bauherren. In der ersten Phase dieses Bündnisses wurden von den mehr als 100 Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern über 30 Projekte entwickelt und teilweise bereits umgesetzt.

Die dritte Säule: Kooperation auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene

Neben den beiden Säulen IHKM und München für Klimaschutz unterstützt die Landeshauptstadt auch die Arbeit von Vereinen und Verbänden finanzi-

ell. So wurden 2011 Umweltschutz- und Agenda 21-Projekte mit insgesamt mehr als 900.000 Euro gefördert.
Darüber hinaus engagiert sich München in Städtenetzwerken, um auch in der Klimaschutzpolitik Synergien besser zu nutzen. Das mitgliederstärkste Netzwerk zum Klimaschutz ist das Klima-Bündnis e.V. mit etwa 1.600 Mitgliedern. Derzeitiger Vorsitzender des Bündnisses ist Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt . Unter dem Titel „Erfolgreich wirtschaften - mit Klimaschutz!" richtete das Klima-Bündnis im Mai 2011 erstmals seine Internationale Jahreskonferenz und Mitgliederversammlung in der Landeshauptstadt München aus. Weitere Netzwerke, in denen München mitarbeitet, sind Energy Cities und Eurocities.
Eine neuere Initiative ist der „Konvent der BürgermeisterInnen" – hierbei handelt es sich um einen von der EU-Kommission installierten Prozess zur verstärkten Einbindung der Kommunen in die Umsetzung europaweiter Klimaschutzziele. Kommunen, die dem Konvent der Bürgermeister/-innen beitreten, verpflichten sich freiwillig, über die Ziele der EU für 2020 (d.h. Senkung der CO_2-Emissionen um 20 Prozent durch eine 20-prozentiige Steigerung der Energieeffizienz und eine 20-prozentige Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energieträger am Energiemix) hinauszugehen. Der Konvent kann helfen, neue Finanzierungsmöglichkeiten für Kommunen zu erschließen und den Einfluss der Städte auf die Ausgestaltung von EU-Förderprogrammen zu stärken. Seit Gründung des Konvents haben sich bislang (November 2011) mehr als 3.000 Kommunen der Initiative angeschlossen.

Sind die Erfolge messbar? Das städtische CO_2-Monitoring

Seit 2002 erstellt das Referat für Gesundheit und Umwelt eine regelmäßige Bilanz der CO_2-Emissionen im Stadtgebiet München. Die letzte Bekanntgabe zum CO_2-Monitoring umfasst den Betrachtungszeitraum 1990 – 2008. Die Zahlen für 2010 werden Anfang 2012 veröffentlicht. Welche Effekte die Klimaschutzaktivitäten im Rahmen des Integrierten Handlungsprogramms oder des Bündnisses München für Klimaschutz auf die CO_2-Bilanz haben, kann daher erst in den folgenden Jahren erkennbar werden. Aus den Ergebnissen des letzten CO_2-Monitorings lässt sich ablesen, dass der Gesamtenergieverbrauch in der kommunalen Verwaltung Münchens im Zeitraum 1990 bis 2008 um knapp 20 Prozent abgenommen hat. Die Landeshauptstadt München ist damit im eigenen Zuständigkeitsbereich auf gutem Weg.

Vergleich München und andere Städte

Die von Siemens in Auftrag gegebene Studie „German Green City Index" aus dem Jahr 2011 hat die Bemühungen zwölf deutscher Großstädte im Bereich Umwelt- und Klimaschutz untersucht und bewertet. Die Landes-

hauptstadt München wurde in fünf der insgesamt acht Kriterien mit „Überdurchschnittlich“ bewertet. Zwar kommen die Autoren der Studie zu dem Ergebnis, dass München hinsichtlich der CO_2-Emissionen (wie die Mehrheit der begutachteten Städte) noch Nachholbedarf hat; gleichzeitig stellen sie jedoch fest: „Betrachtet man die Wirtschaftsleistung der Stadt, erreicht München im deutschen Vergleich das beste Ergebnis: Pro Euro Bruttoinlandsprodukt (BIP) werden in München nur 147 Gramm CO_2 ausgestoßen – der europäische Durchschnittswert ist mit 326 Gramm mehr als doppelt so hoch“. „Über so ein Lob freuen wir uns natürlich sehr“, sagt Joachim Lorenz, „die Studie macht aber deutlich, dass auch in München der Handlungsbedarf ungebremst hoch ist und wir mit unseren dicht gedrängten Maßnahmen richtig liegen und wir diese weiterverfolgen müssen.“

Anteil freiheitsentziehender Maßnahmen in Altenhilfeeinrichtungen im Stadtgebiet auf 13 Prozent gesenkt

(25.11.2011) Im Stadtgebiet der Landeshauptstadt München liegt der Anteil freiheitsentziehender Maßnahmen in den Altenhilfeeinrichtungen derzeit bei einem Wert von 13 Prozent. Der Umgang und die Anzahl freiheitsentziehender Maßnahmen stellt bereits seit Jahren einen wichtigen Punkt auf der Prüfagenda der Münchner Heimaufsicht dar. So wurde für diesen sensiblen Bereich durch die Heimaufsicht ein spezielles Beratungskonzept entwickelt, das seit 2010 umgesetzt wird. Ziel ist es, den Einrichtungen Alternativen zu Fixierungen aufzuzeigen und somit die Zahl der Fixierungen weiter zu senken. Dieses Vorgehen hat sich bewährt. Die Anzahl der freiheitsentziehenden Maßnahmen in den Münchner Altenhilfeeinrichtungen lag im Jahr 2009 noch bei einem Wert von zirka 19 Prozent. Die Münchner Heimaufsicht wird auch künftig darauf hinwirken, den Wert von derzeit 13 Prozent noch deutlich zu verringern.

Bei aktuell zirka 7.000 vollstationären Plätzen der stationären Altenhilfe innerhalb der Landeshauptstadt München gibt es damit insgesamt zirka 900 Fälle von freiheitsentziehenden Maßnahmen; davon beruhen zirka 300 Fälle auf dem Einverständnis der Bewohner.

Diese Zahlen zeigen deutlich, dass in diesem Bereich seit Jahren eine stetige Verbesserung vorliegt; dennoch gibt es weiteren Handlungsbedarf.

Vor diesem Hintergrund ist die vom Amtsgericht München kürzlich präsentierte Zahl von 2070 genehmigten Fixierungen für das Stadtgebiet München differenzierter zu betrachten.

Der vom Amtsgericht München mitgeteilte Anteil Freiheitsentziehender Maßnahmen bezieht sich auf das Gebiet der Landeshauptstadt **und** des

Landkreises. Somit ist im Hinblick auf die relativ niedrigen Münchner Zahlen davon auszugehen, dass der Anteil an Fixierungen im Landkreis über dem vom Amtsgericht mitgeteilten Mittelwert liegt.

Programm der 13. Münchener Biennale vorgestellt

(25.11.2011) In einer Pressekonferenz stellten gestern der Künstlerische Leiter der Münchener Biennale, Professor Dr. Dr. h.c. Peter Ruzicka, und Stadtdirektor Anton Biebl in Vertretung des Kulturreferenten das Programm der 13. Münchener Biennale vor. Die 13. Münchener Biennale findet vom 3. bis zum 19. Mai 2012 unter dem Motto „Der ferne Klang" statt. Zur Uraufführung kommen die Musiktheaterprojekte „L'Absence" der 1980 in Oldenburg geborenen Komponistin Sarah Nemtsov, „Mama Dolorosa" der 1973 in Seoul (Südkorea) geborenen Komponistin Eunyoung Kim und „Wasser" des Komponisten Arnulf Herrmann, der 1968 in Heidelberg geboren wurde.

Erstmals gibt es mit dem Projekt „Biennale Special" einen Schwerpunkt auf Münchner Komponistinnen und Komponisten: mit „Nucleus", einem Projekt von Schwere Reiter/Musik und acht Komponistinnen/Komponisten, „mystery – mach dir kein Bild", einer interaktiven Video-Oper in Koproduktion mit Helga Pogatschar und Schwere Reiter/Musik und „an index of metals" einer multimedialen Video-Oper von Fausto Romitelli in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Musik und Theater München. Bei „Neda – der Ruf, die Stimme" gibt es eine Uraufführung von Alexander Strauch, der das Projektstipendium Junge Kunst/Neue Medien im Bereich Musik der Landeshauptstadt München 2011 erhalten hat. In Zusammenarbeit mit der Universität der Künste Berlin ist das Projekt von fünf jungen Komponistinnen und Komponisten „A Game of Fives" entstanden. Die Konzerte der 13. Münchener Biennale umfassen ein Konzert der musica viva des Bayerischen Rundfunks, ein Konzert des Münchener Kammerorchesters, ein Sonderkonzert der Münchner Philharmoniker und das Gesprächskonzert „Klangspuren plus". Pädagogische Projekte beteiligen bei "Musik zum Anfassen" Schulen an der Erarbeitung neuer Stücke. Die Biennale-Werkstatt der Münchner Volkshochschule vermittelt Einblicke in die Entstehung einer Oper und in der Reihe „Nucleus" werden musiktheatralische Konzeptionskerne vorgestellt. Ein Symposium und eine Podiumsdiskussion beschäftigen sich mit der Rolle des heutigen Musiktheaters.

Das ausführliche Programm der 13. Münchener Biennale vom 3. bis 19. Mai 2012 ist unter *www.muenchenerbiennale.de* ersichtlich. Karten sind ab 20. März im Vorverkauf erhältlich.

Die Münchener Biennale wird veranstaltet vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit Spielmotor München e.V. - eine Initiative der Stadt München und der BMW Group.

Schließung des Taxibüros am 30. November und 1. Dezember
(25.11.2011) Das Taxibüro des Kreisverwaltungsreferates ist am Mittwoch, 30. November, und Donnerstag, 1. Dezember, wegen Umzug geschlossen und auch telefonisch nicht zu erreichen. Für hieraus entstehende Unannehmlichkeiten bittet das Kreisverwaltungsreferat um Verständnis. Ab Freitag, 2. Dezember, steht das Taxibüro auf Raum-Nummer 2072 in der Ruppertstraße 11 wieder zur Verfügung. Weitere Infos zu den Öffnungszeiten sowie zum Serviceangebot sind unter *www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kreisverwaltungsreferat/Gewerbeangelegenheiten-und-Gaststaetten/Gewerblicher-Kraftverkehr.html* erhältlich.

Eingeschränkte Erreichbarkeit des Amtes für Wohnen und Migration
(25.11.2011) Im Amt für Wohnen und Migration wird Anfang Dezember ein neues EDV-Programm eingeführt. Um eine reibungslose Umstellung sicherzustellen, ist das Amt in der Franziskanerstraße 6 und 8 am 1. und 2. Dezember großteils geschlossen und für den Parteiverkehr an beiden Tagen nicht erreichbar. Betroffen von der Schließung sind die Bereiche
- Registrierung und Vergabe von Wohnungen
- Wohnungsfürsorge
- Belegungssicherung

Die anderen Bereiche des Amtes sind von der Einschränkung nicht betroffen. Ebenso können Anträge an der Pforte abgegeben werden. Ab Montag, 5. Dezember, ist das Amt wieder geöffnet. Aufgrund der EDV-Umstellung kann es möglicherweise noch einige Tage vereinzelt zu längeren Wartezeiten kommen. Das Amt für Wohnen und Migration bittet hierfür um Verständnis.

Reparaturarbeiten an der südlichen Turmuhr der Frauenkirche
(25.11.2011) Leider sind innerhalb kürzester Zeit nacheinander Störungen an zwei unterschiedlichen Bauteilen der südlichen Turmuhr der Frauenkirche aufgetreten.
Am 11. November kam es zu einem Ausfall bei der elektronischen Steueruhr, die die Funksignale für die Zeitgebung und -korrektur an die Antriebseinheit der Turmuhr überträgt. Eine umgehend durchgeführte Inspektion und Instandsetzung durch die Mitarbeiter des Baureferates konnte die Störung beheben.

Am 24. November fiel dann die Antriebsmechanik der Turmuhr aus. Die Zeiger wurden daraufhin auf „12 Uhr“ gestellt. Am kommenden Dienstag wird das Baureferat eine neue Antriebseinheit einbauen und in Betrieb nehmen. Nach einigen Funktionstests wird die südliche Turmuhr der Frauenkirche voraussichtlich ab kommenden Mittwoch wieder wie gewohnt die richtige Zeit anzeigen.
Das Baureferat betreut stadtweit insgesamt 119 Kirchturmuhren, darunter die Turmuhren der Frauenkirche.

Bauzentrum München: Vortrag „Stromfressern den Garaus machen“
(25.11.2011) Stromsparen dient der Umwelt und lohnt sich auch finanziell – wie im Haushalt mit einfachen Mitteln der Stromverbrauch reduziert werden kann, zeigt Norbert Endres am Mittwoch, 30. November, 18 Uhr, bei seinem Vortrag im Bauzentrum München. Der staatlich geprüfte Umweltschutztechniker gibt dabei clevere Tipps, wie beispielsweise der Stromverbrauch halbiert werden kann, ohne auf den gewohnten Komfort zu verzichten. So genannte Stromfresser, sparsame Haushaltsgeräte und Energiesparlampen werden bei dem Vortrag ebenfalls Thema sein. Der Eintritt ist frei.
Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Gehminuten; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Telefon 54 63 66-0, Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de.

Noch Karten für Konzert mit Lorin Maazel und Münchner Philharmonikern
(25.11.2011) Unter Leitung ihres designierten Chefdirigenten Lorin Maazel geben die Münchner Philharmoniker am 8., 9. und 10. Dezember jeweils ein Konzert mit einem Richard Wagner/Anton Bruckner-Programm: Karten sind nur noch für Donnerstag, 8. Dezember, 20 Uhr, erhältlich. Mit dem Konzert wird gleichzeitig die Förderung des Orchesternachwuchses unterstützt. Zur Aufführung kommen Richard Wagner: Ouvertüre und Venusberg-Bacchanale aus „Tannhäuser“/ Vorspiel und „Liebestod“ aus „Tristan und Isolde“ sowie Anton Bruckner: Symphonie Nr. 3 d-Moll (Endfassung 1889). Karten für das Konzert am Donnerstag 8. Dezember, 20 Uhr, in der Phil-harmonie im Gasteig, Rosenheimer Straße 5, sind für 61 bis 18 Euro im Vorverkauf über *www.muenchenticket.de* oder an den bekannten Vor-

verkaufsstellen erhältlich. Mit dem Kauf einer Karte wird die Finanzierung der Orchesterakademie der Freunde und Förderer der Münchner Philharmoniker unterstützt. Nähere Informationen unter: *www.mphil.de*.

Zubin Mehta zu Gast im Theaterforum Münchner Stadtbibliothek
(25.11.2011) In der Reihe „Theaterforum Münchner Stadtbibliothek" ist am Mittwoch, 30. November, um 19.30 Uhr im Gasteig, Kleiner Konzertsaal, Rosenheimer Straße 5, Zubin Mehta zu Gast und spricht er mit Bernhard Neuhoff über die aktuelle Produktion am Nationaltheater und über seinen ungewöhnlichen Lebensweg. Er ist ein Weltbürger der Musik, und er hat einen festen Platz im Herzen des Münchner Publikums: Zubin Mehta, einer der großen Dirigenten der Gegenwart, war lange Jahre Bayerischer Generalmusikdirektor und ist Ehrendirigent der Münchner Philharmoniker. Als Sohn des Geigers und Dirigenten Mehli Mehta wurde er 1936 in Bombay geboren. Mit 18 Jahren kam Zubin Mehta an die Wiener Musikakademie in die Klasse des berühmten Dirigentenerziehers Hans Swarowsky, der zahlreiche große Orchesterleiter ausgebildet hat, darunter Claudio Abbado und Mariss Jansons. Schon mit Mitte 20 debütierte Mehta bei den Salzburger Festspielen, 1961 trat er in Montreal und im folgenden Jahr in Los Angeles erste Chefpositionen an. New York und Florenz waren weitere Stationen. Besonders eng ist die Verbindung mit dem Israel Philharmonic Orchestra, mit dem Mehta seit mittlerweile 50 Jahren zusammenarbeitet. 1978 wurde er Künstlerischer Leiter des Orchesters. Als er Anfang der 80er Jahre wegen zwei Wagner-Aufführungen heftigen politischen Angriffen ausgesetzt war, ernannte ihn das Israel Philharmonic Orchestra demonstrativ zum Musikdirektor auf Lebenszeit. Seither setzt er sich beharrlich für die Aussöhnung zwischen Israel und den Palästinensern ein.
In seiner Münchner Zeit als Generalmusikdirektor an der Bayerischen Staatsoper (1998 bis 2006) widmete sich Mehta der ganzen Breite des Repertoires, von Mozart über Verdi bis zu Arnold Schönbergs „Moses und Aron" und der Uraufführung von Aribert Reimanns Oper „Bernarda Albas Haus". Höhepunkt seiner Tätigkeit waren daneben zahlreiche hoch gelobte Wagner-Aufführungen.
Mit Preisen wurde Mehta reichlich bedacht, erst jüngst erhielt er den Echo Klassik für sein Lebenswerk und den Furtwängler-Preis. Als „kollegialer Star" wurde er bezeichnet. Dass er nicht nur vom Publikum, sondern auch von den Musikern geliebt wird, mag an dieser Aura von zugewandter Freundlichkeit liegen, die von ihm ausgeht, am Pult ebenso wie im Gespräch. Wie sich das Münchner Publikum im Frühjahr überzeugen konnte, sind Mehtas Vitalität und künstlerische Ausstrahlung mit Mitte 70 ungebrochen: Kurz vor seinem 75. Geburtstag leitete er bei einem umjubelten

Benefizkonzert für die Erdbebenopfer in Japan Musiker aller drei großen Münchner Orchester. Am 3. Dezember kehrt er ins Nationaltheater zurück: Zubin Mehta dirigiert die Premiere von Puccinis „Turandot".
Karten für das Theaterforum am 30. November gibt es für 6 Euro, ermäßigt 4 Euro, bei München Ticket, Telefon 54 81 81 81. Das Theaterforum wird von der Münchner Stadtbibliothek in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Rundfunk veranstaltet (stb.veranstaltungen.kult@muenchen.de).

Niederländischer Filmabend in der Stadtbibliothek Am Gasteig
(25.11.2011) Die Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig zeigt in Zusammenarbeit mit dem Niederländischen Generalkonsulat im Rahmen der Niederländischen Filmreihe am Mittwoch, 30. November, um 19 Uhr im Vortragssaal der Stadtbibliothek Am Gasteig den Film „Het Schnitzelparadijs". Der Film (2005, 83 Minuten, niederländisch mit englischen Untertiteln) erzählt die Geschichte von Nordip, der es geschafft hat und Medizin studieren könnte – so denkt zumindest Nordips stolzer Vater. Aber Nordip jobbt lieber heimlich da, wo die Loser aller Länder schuften: in der Schmuddel-Küche des Hotels „Zum Blauen Geier". Hier kämpfen Holländer, Marokkaner, Serben und Türken mit widerspenstigen Schnitzeln, schmutzigen Pfannen und ihrem feisten Chef. Kann sich Nordip in dieser Küchenhölle behaupten? Und wird er die Hand von Agnes gewinnen, der Nichte des zugeknöpften Hoteldirektors, die ihm mit Küsschen und Kurven den Kopf verdreht? Der Eintritt ist frei. Das Programm des Filmabends und weiterer Veranstaltungen der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig, Rosenheimer Straße 5, ist auch abrufbar unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de/stadtbibliothek/stadtbib-veranstaltungen.html.* Weitere Auskünfte unter Telefon 4 80 98-33 16.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 18. bis 24. November
(25.11.2011) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Einsatzzahlen:
Personal: 110 Fahrzeuge: 73
Streuguteinsatz:
Salz: 12,5 t Splitt: 5,65 t
Kosten der Einsatztage: 249.370,96 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 6
Bisherige Einsatztage: 18
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2011/2012: 792.888,13 Euro

Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche

Dienstag, 29. November

9.00 Uhr	Verwaltungs- und Personal-/Kinder- und Jugendhilfe-/ Sozialausschuss/Ausschuss für Bildung und Sport/ Kulturausschuss/Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung/Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft/ Gesundheits-/Umweltschutz-/Bau-/Kreisverwaltungs-/Kommunalausschuss – Großer Sitzungssaal
im Anschluss	Verwaltungs- und Personal-/Kinder- und Jugendhilfe-/ Sozialausschuss/Ausschuss für Bildung und Sport – Großer Sitzungssaal
im Anschluss	Kinder- und Jugendhilfe-/Sozial-/Verwaltungs- und Personalausschuss – Großer Sitzungssaal
im Anschluss	Kinder- und Jugendhilfeausschuss/Ausschuss für Bildung und Sport – Großer Sitzungssaal
im Anschluss	Kinder- und Jugendhilfe-/Sozialausschuss – Großer Sitzungssaal
im Anschluss	Kinder- und Jugendhilfeausschuss – Großer Sitzungssaal
14.00 Uhr	Umweltschutzausschuss – Kleiner Sitzungssaal

Mittwoch, 30. November

9.30 Uhr	Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung – Großer Sitzungssaal
14.30 Uhr	***Nichtöffentlicher*** gemeinsamer Verwaltungs- und Personalausschuss/Ausschuss für Bildung und Sport
im Anschluss	***Öffentlicher*** Ausschuss für Bildung und Sport – Kleiner Sitzungssaal

Donnerstag, 1. Dezember

9.30 Uhr	Sozialausschuss – Großer Sitzungssaal

Landeshauptstadt
München
Baureferat

Baustellen aktuell

Freitag, 25. November 2011

Mittlerer Ring Südwest
Heckenstallerstraße / Passauerstraße
Verkehrsumlegung am 29. November 2011
Im Zuge der Tunnelbauarbeiten ist eine Verkehrsumlegung am Knoten Heckenstallerstraße / Passauerstraße erforderlich.

Bisher konnte der Verkehr des Mittleren Rings Richtung Westen die Passauerstraße kreuzungsfrei unterqueren. Da der Bereich der Unterführung der Passauerstraße jedoch nach Fertigstellung des Tunnels das östliche Portal des Heckenstallertunnels darstellt, ist die weitere Verkehrsumlegung nötig um die Anschlussarbeiten an die Unterführung ausführen zu können. Nachdem bereits im Frühjahr 2011 die Fahrbahnen Richtung Osten an die Oberfläche verlegt wurden folgt nun die Verlegung der Fahrbahnen in Richtung Westen.

Ab 29. November 2011
wird der Verkehr der nördlichen Fahrbahn des Mittleren Rings von Osten nach Westen statt durch die Unterführung nun über die ampelgeregelte Kreuzung der Passauerstraße geführt.
Im Zuge des Mittleren Rings stehen vor der Kreuzung Passauerstraße insgesamt fünf Fahrspuren (ein Linksabbieger, drei Geradeausspuren über die Kreuzung Richtung Westen und eine Rechtsabbiegespur) zur Verfügung. Nach der Kreuzung Fahrtrichtung West stehen drei Fahrspuren zur Verfügung, die sich nach ca. 200 Meter dann auf zwei Fahrspuren verjüngen.
Diese Verkehrsführung auf der Nordseite der Kreuzung Heckenstallerstraße / Passauerstraße wird bis zur Verkehrsfreigabe des Tunnels Ende 2015 bestehen bleiben.

Fraunbergstraße und Schmiedberg (Thalkirchen - Obersendling)
Verkehrsfreigabe am 25. November 2011
Das Baureferat hat zwischen Maria-Einsiedel-Straße und Wolfratshauser Straße eine Fahrbahnsanierung durchgeführt. Nach Abschluss der Arbeiten sind die Sperrungen des Schmiedbergs und der Fraunbergstraße aufgehoben und die Verbindung von Thalkirchen zur Wolfratshauer Straße ist wieder für den Verkehr frei.

Informationen zu laufenden Baumaßnahmen mit Verkehrseinschränkungen finden Sie im Internet unter http://www.muenchen.de/baustellen

Herausgeberin: Landeshauptstadt München, Baureferat TZ / K, Baustellenkoordinierung
Telefon: (089) 2 33-6 00 50, Telefax: (089) 2 33-6 00 55, E-Mail: baustellen.bau@muenchen.de

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 25. November 2011

Wenn die Geduld zu Ende geht – endlich die Stadtrats-Notebooks absturzsicher machen!
Antrag Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Josef Schmid (CSU) vom 19.10.2011

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat rechtlich nicht möglich ist. Die Administration der Stadtratsnotebooks ist eine laufende Angelegenheit i.S.v. Art. 37 Abs. 1 GO, § 22 GeschO.

Zu Ihrem Antrag vom 19.10.2011 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Organisatorische Veränderungen in der Verwaltung müssen in der IT im städtischen Verzeichnisdienst (sog. LDAP) nachgeführt werden. Deshalb wurde IT@M von D-GL3 am 5.10.2011 beauftragt, den Organisationsnamen „Sachgebiet 3 (Direktorium-Geschäftsleitung)“ in „Sachgebiet 3 dezentrales Informations-, Kommunikations- u. Anforderungsmanagement“ zu ändern. Diese durch Reorganisationsmaßnahmen ausgelöste Umbenennung wurde von IT@M am 12.10.2011 gegen 11.30 Uhr begonnen; ab diesem Zeitpunkt konnten sich die betroffenen Personen nicht mehr an den städtischen IT-Systemen anmelden. Davon waren neben Teilen des Direktoriums auch die Stadtratsmitglieder berührt, deren RIS-Notebooks ebenfalls der Organisationsstruktur „Sachgebiet 3 (Direktorium-Geschäftsleitung)“ zugeordnet sind. Der Vorgang wurde gegen 14.00 Uhr wieder abgebrochen, da nicht absehbar war, wie lange die Umbenennung und damit die fehlende Anmeldemöglichkeit andauern würden. Anschließend wurde die zuvor routinemäßig erstellte Sicherung umgehend eingespielt. Dabei kam es zu Komplikationen, die erst am Freitag den 14.10.2011 um 14.12 Uhr abschließend behoben waren.

Während dieses Zeitraums war auch die lokale Nutzung der RIS-Notebooks nicht möglich. Die Notebooks verfügen natürlich über einen Mechanismus zur lokalen Anmeldung an einem Rechner, der *nicht* mit dem Netzwerk verbunden ist. Ist der Rechner aber mit dem Netzwerk verbunden, findet die Authentisierung am stadtweiten LDAP statt. Scheitert diese weil der Benutzer dort nicht bekannt ist (im vorliegenden Fall aufgrund der laufenden Umbenennungsprozedur am LDAP), wird ein Anmeldeversuch durch einen unautorisierten Fremden unterstellt. Aus Sicherheitsgründen wird dann auch eine anschließende lokale Anmeldung unterbunden, da ein im Netz nicht identifizierbarer Benutzer keinen Zugriff auf städtische Geräte – und sei es nur lokal – erlangen darf. Dies ist kein Fehlverhalten von LiMux oder des Ratsinformationssystems (RIS), sondern die Anwendung der Sicherheitsphilosophie der Landeshauptstadt München, die genauso bei städtischen Windows-Rechnern umgesetzt ist.

Wir bitten, die Unannehmlichkeiten zu entschuldigen, die sich aus der beschriebenen Situation ergaben.

Aufgrund des beschriebenen Vorfalls wurden folgende Maßnahmen zur Verbesserung vereinbart:

1. Bessere Information der dIKA-Einheiten über genauen Zeitpunkt von LDAP-Änderungen sowie über weitere notwendige Maßnahmen im Rahmen der Umstellung.

2. Festlegung von Umstellungszeiträumen an Abenden oder Wochenenden um Rückfallmaßnahmen in einer dienstfreien Zeit zu ermöglichen.

3. Überarbeitung des Sicherungs- und Rücksicherungsprozesses für zentrale Backups zur Sicherstellung der Konsistenz im Falle von fehlgeschlagenen Änderungsprozessen.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 25. November 2011

Geschäftsleitung für die MÜNCHENSTIFT GmbH wird ausgeschrieben
Antrag Stadträte Hans Podiuk und Josef Schmid (CSU)

Kundenhotline für Winterpannen beim MVV
Antrag Stadträte Marian Offman und Richard Quaas (CSU)

Nichtbehandlung meines Stadtratsantrages
Anfrage Stadträtin Ursula Sabathil (CSU)

Neubesetzung der Geschäftsführung der Münchenstift GmbH
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Münchner Schulen als Agitationsfeld des SDAJ – was tut die Stadt?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Das „Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat“ macht ernst: ein Platz für die BIA!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de
www.wzim.de

ANTRAG
25.11.11

Geschäftsleitung für die MÜNCHENSTIFT GmbH wird ausgeschrieben

Die Stelle des Geschäftsführers bzw. der Geschäftsführerin der MÜNCHENSTIFT GmbH wird intern und extern ausgeschrieben.

Begründung:
Mit Ablauf des 31.03.2013 geht der Geschäftsführer der MÜNCHENSTIFT GmbH, Herr Gerd Peter, in den Ruhestand. Eine weitere Verlängerung des Vertrages ist ausgeschlossen.
In der Presse wird bereits berichtet, dass die Nachfolge schon geregelt sei und die Stelle parteipolitisch besetzt werden soll. Die Geschäftsführung der gemeinnützigen MÜNCHENSTIFT GmbH erfordert spezielle Qualifikationen und einschlägige Erfahrungen. Deshalb müssen die am besten geeigneten Bewerber und Bewerberinnen in einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren ermittelt und dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden. Dadurch wird auch verhindert, dass der Verdacht entsteht, dass bei der Besetzung der Stelle rein parteipolitische Erwägungen im Vordergrund stehen.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Hans Podiuk, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Richard Quaas **Marian Offman**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
25.11.11

Kundenhotline für Winterpannen beim MVV

Die Stadtwerke richten für Kundinnen und Kunden des MVV für den Zeitraum 1.12.2011 bis 15.03..2012 eine Hotline ein. Kontakt zur Hotline kann über Telefon oder Email erfolgen. Über diese Hotline können für den Wintereinbruch typische Beschwerdefälle schnell gemeldet werden.

Die Hotline wird in geeigneter Weise über Tageszeitungen, Funk und Fernsehen bekannt gemacht.

Die Anregungen und Wünsche, Beschwerden und Ärgernisse über diese Hotlines sind dem Stadtrat zum 1. April 2012 mitzuteilen. Auf Veränderungsmöglichkeiten ist ausführlich einzugehen.

Begründung:
Und alle Jahre wieder: Der Winter steht vor der Tür und die Pannenserie beim MVV erscheint abermals unausweichlich. Verspätungen und ausgefallene Verbindungen sind erfahrungsgemäß oft noch das harmlosere Ergebnis des Wintereinbruchs.

Es wird Zeit, Kundinnen und Kunden die Möglichkeit zur gezielten Mitteilung ganz ausdrücklich anzubieten und die Wünsche und die Beschwerden nicht nur leise zu sammeln und unbeachtet liegen zu lassen, sondern den Stadtrat mitzuteilen und entsprechend zu reagieren. Nur so kann Abhilfe geschaffen werden.

Die unmittelbar von Kundinnen und Kunden geäußerten Wünsche könnten auch die MVV zu noch mehr Kundenorientierung motivieren.

Da der Winter unmittelbar bevorsteht, wäre eine sehr zeitnahe Behandlung des Antrages angezeigt.

gez.
Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

gez.
Marian Offman, Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de
www.wzim.de

Ursula Sabathil

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
25.11.11

Nichtbehandlung meines Stadtratsantrages

Nachfolgender Stadtratsantrag wurde am 30.07.2010 eingereicht. Bis dato erfolgte keine Behandlung.

Antrag
30.07.2010

Änderungsvorstellungen des neuen Stadtschulrats

Der neue Stadtschulrat Rainer Schweppe konkretisiert für den Stadtrat die in der Presse angekündigten Änderungen in der städtischen Schulpolitik unter besonderer Berücksichtigung folgender Punkte:

1. *Welche konkreten Ziele möchte er im Gespräch mit dem Freistaat thematisieren, um im Sinne der Münchner Kinder gemeinsam etwas zu erreichen'?*

2. *Was wird Herr Schweppe unternehmen, um die bisher 'eher schwierige Zusammenarbeit zwischen Schul- und Sozialreferat' zu verbessern?*

3. *Der Stadtschulrat erläutert das Zeitfenster, in dem er für den Ausbau von Ganztagesschulen, Horten und Tagesheimen in städtischer Verantwortung sorgen wird.*

4. *Herr Schweppe konkretisiert die Planung für 'die bedarfsgerechte Verteilung des Geldes' im Lichte der Bildungsgerechtigkeit.*

5. *Der Stadtschulrat stellt dar, wie und mit welchen Mitteln er die bauliche Umgestaltung der Schulen so plant, dass sich die Kinder dort wohlfühlen können und mit welchen 'kleinen Veränderungen große Effekte“ zu erzielen sind.*

Begründung:

Der neue Stadtschulrat hat in einem Gespräch mit der Presse thematisch hoch interessante Veränderungen in der städtischen Schulpolitik angekündigt, die auch die CSU immer wieder gefordert hat.

Darum ist es auch für den gesamten Stadtrat von Interesse, wie sich diese Veränderungen im Detail darstellen könnten.

gez.
Ursula Sabathil, Stadträtin
stv. Fraktionsvorsitzende

CSU-Fraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de wzim.de

Ich frage deshalb:

1. Warum wurde der Antrag nicht innerhalb der von der Geschäftsordnung festgelegten Frist von drei Monaten behandelt?

2. Wie kann erklärt werden, dass weder eine Zwischennachricht übermittelt bzw. eine entsprechend ausreichende Fristverlängerung beantragt wurde?

3. Wann wird der Antrag im Stadtrat behandelt?

4. Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Níchtbehandlung meines Stadtratsantrags? Werden Verstöße gegen die Geschäftsordnung einfach hingenommen?

gez.
Ursula Sabathil
Stadträtin

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

25.11.2011

Antrag Nr.:
Neubesetzung der Geschäftsführung der Münchenstift GmbH

Der Stadtrat möge beschließen: Der Stadtrat fordert die Mitglieder des Aufsichtrats der Münchenstift GmbH auf, für die Neubesetzung der Geschäftsführung eine Ausschreibung vorzunehmen. Zudem soll der Aufsichtsrat über die Anzahl der Geschäftsführer beraten und entscheiden. Der Stadtrat ist grundsätzlich der Auffassung, dass wieder ein Alleingeschäftsführer berufen werden sollte. Dies hängt allerdings von der Kompetenz und Erfahrung des Kandidaten ab.

Sollte im Aufsichtsrat mehrheitlich die Meinung vorherrschen, einen Geschäftsführer auszuwählen, der über keinerlei vergleichbare Führungserfahrung für ein Unternehmen dieser Größenordnung verfügt, sondern ausschließlich das richtige Parteibuch besitzt, bedarf es mindestens eines weiteren Geschäftsführers, möglicherweise sogar zwei weiterer Geschäftsführer, die in der Lage sind, das Unternehmen operativ zu leiten.

Begründung:
Die Münchenstift GmbH wurde 1995 gegründet, ist eine gemeinnützige Gesellschaft und hundertprozentige Tochter der Landeshauptstadt München. Sie ist heute mit rd. 1.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und rd. 2.800 Bewohnerinnen und Bewohnern in zwölf Häusern eines der größten Dienstleistungsunternehmen für die Senioren (vgl.www.muenchenstift.de/Praesentation/Unternehmen/index.jsp) in München.

In den vergangenen Jahren hat sich die Münchenstift GmbH positiv entwickelt. Für die Zukunft bestehen große Herausforderungen. Zwar wächst der Anteil Pflegebedürftiger weiter, dies bedeutet jedoch keine automatische Erfolgsgarantie für alle Einrichtungen. Der Wettbewerb unter den verschiedenen Anbietern verlangt eine hohe Qualität und zugleich eine wirtschaftlich erfolgreiche Unternehmensführung.

Die Stadt München als alleinige Gesellschafterin der Münchenstift GmbH darf sich bei der Besetzung der Geschäftsführung nicht erlauben, parteipolitische Kompetenz in den Vordergrund zu stellen. Wie die Erfahrungen zeigen, hat die parteipolitische Auswahl der ersten Geschäftsführer der Städtischen Klinikum München GmbH zu einem Fiasko und einer nachhaltigen Schädigung des Ansehens der Städtischen Krankenhäuser geführt. Dies darf sich bei den Alten- und Pflegeeinrichtungen der Landeshauptstadt München nicht wiederholen.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stv. Fraktionsvorsitzender

Gez.
Christa Stock
Ea. Stadträtin

Gez.
Dr. med. Otto Bertermann
Ea. Stadtrat

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
25.11.2011

Münchner Schulen als Agitationsfeld des SDAJ – was tut die Stadt?

Die der DKP nahestehende linksextreme SDAJ („Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“) macht neuerdings auch Münchner Schulen verstärkt zum Aktionsfeld ihrer Agitation. So kündigte die SDAJ in einem am 10. November veröffentlichten Internetbeitrag an, „mit Flugblattverteilungen und anderen Aktionen“ aktiv zu werden. Am darauffolgenden Tag wurden an vier Münchner Gymnasien insgesamt rund 200 Schmierereien mit Bezug zur SDAJ-Kampagne festgestellt. Der Sachschaden betrug nach Polizeiangaben rund 10.000 Euro.

Auf der vom Bayerischen Staatsministerium des Innern betreuten Internetseite „Bayern gegen Linksextremismus“ heißt es dazu bewertend: „Mit der Unterstützung der Bildungsstreiks und dem gezielten Zugehen auf Schülerinnen und Schüler versucht die linksextremistische Jugendorganisation SDAJ derzeit, im Umfeld von Schulen und Universitäten neue Unterstützer und Mitglieder zu gewinnen. Indem sie in Themenfeldern aktiv ist, die in breiten gesellschaftlichen Kreisen auf Zustimmung stoßen, will die SDAJ von ihren tatsächlichen Zielen ablenken. Hauptziel der SDAJ ist es, im Sinne des Marxismus-Leninismus an die Stelle von Parlamentarismus und Rechtsstaat einen ‚proletarische(n) Staat‘ zu setzen. (...) Gewaltanwendung als Mittel zum Erreichen ihrer politischen Ziele schließt die SDAJ nicht aus.“

Hier stellen sich Fragen.

<u>Ich frage den Oberbürgermeister:</u>

1. Wie beurteilt das Schulreferat die SDAJ-Aktivitäten an Münchner Schulen und in ihrem Umfeld, und zwar insbesondere mit Blick auf das Gebot der (partei-)politischen Neutralität der Schulen?

2. Inwieweit wurde die Stadt München bzw. das städtische Schulreferat von der Staatsregierung über die Bemühungen der linksextremen SDAJ informiert, unter Schülern verstärkt für ihre Ziele zu werben?

b.w.

3. Da es sich nach eigenem Bekunden der der DKP nahestehenden SDAJ nicht um Einzelaktionen, sondern um eine breitangelegte Kampagne zur Indoktrination von Schülern handelt: was unternimmt die Stadt dagegen? Wird an den Schulen über die SDAJ und ihre Ziele aufgeklärt, vergleichbar etwa der Information über „rechtsextremistische“ Bestrebungen? Wenn nicht, warum nicht?

4. Wie reagiert das Schulreferat logistisch auf die verstärkte Agitation der SDAJ – wurden z.B. spezielle Alarmierungspläne zur Einschaltung der Polizei herausgegeben? Wenn nicht, warum nicht?

5. An einer von der SDAJ veranstalteten Demonstration am 17. November nahmen auch in München mehrere hundert Schüler teil. Die Demonstration fand an einem Schultag statt. Eine spezielle Unterrichtsbefreiung zum Zweck der Demo-Teilnahme erfolgte seitens des Schulreferates nicht. Wie wurde unentschuldigtes Fernbleiben von Schülern, die an der Demonstration teilnahmen, von den Schulen geahndet? In wie vielen Fällen? Wenn nicht, warum nicht?

Karl Richter,
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
25.11.2011

Das „Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat“ macht ernst: ein Platz für die BIA!

Ich beantrage:

Zum „Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat“ wird als Vollmitglied die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) hinzugezogen. Der Oberbürgermeister verwendet sich in dieser Eigenschaft für die Zuziehung.

Begründung:

In München wird 66 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur noch immer diskriminiert. So wird auf Gastronomen massiver Druck ausgeübt, um sie davon abzuhalten, an politisch mißliebige Gruppierungen Räumlichkeiten zu vermieten; sogar Mitglieder des Stadtrats beteiligen sich persönlich an Boykottdrohungen gegen „uneinsichtige“ Münchner Gastwirte – so geschehen zuletzt im Fall des Pasinger Hoteliers Fritz S., dem vom Stadtrat und BA-Vorsitzenden Pasing-Obermenzing, Christian Müller, angedroht wurde, der Bezirksausschuß werde im Falle weiterer unerwünschter Vermietungen sein Haus boykottieren. Gegen Müller wurde deshalb sogar Strafanzeige erstattet.

Gegen politisch mißliebige Strömungen werden weiters regelrechte Kampagnen vom Zaun gebrochen, so zuletzt etwa der ausschließlich und ausdrücklich gegen „Rechts“ gerichtete Wettbewerb „Laut gegen Brauntöne“; er war in seinem aggressiven Kampagnencharakter derart mißverständlich, daß sich Medienberichten zufolge wiederholt ausländische Kinder und Jugendliche, insbesondere solche mit „südländischem“ Hintergrund, massiv diskriminiert sahen (vgl. dazu: http://schlamassel.blogsport.de/2011/11/22/antifascism-made-in-munich/).

An allen diesen Aktivitäten beteiligen sich – oft sogar federführend – Stadtpolitiker und städtische Institutionen wie etwa die sogenannte „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“. Das ist umso beschämender, als die LHM selbst ausweislich einer

b.w.

jahrelangen städtischen Kampagne unter dem Motto „Hier wird diskriminiert“ vorgibt, jedweder Diskriminierung und Ausgrenzung entschieden entgegenzutreten. Dabei müßte gerade angesichts der früheren Rolle Münchens als sogenannter „Hauptstadt der Bewegung“ des Dritten Reiches jede Form der Diskriminierung in der bayerischen Landeshauptstadt als besonders verwerflich empfunden werden und die Stadtgesellschaft umso sensibler reagieren.

Erfreulicherweise hat sich als zivilgesellschaftliches Korrektiv gegen jede Form der Ausgrenzung in München schon vor Jahren das „Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat“ konstituiert. Erst dieser Tage bekannte sich das Bündnis, dem repräsentative Institutionen und Persönlichkeiten des Münchner Lebens wie etwa die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde und die „Beratungsstelle des Lesbentelefons e.V.“ LeTRa angehören, erneut zum Anliegen der „Vielfalt. Dies ist eine große Bereicherung für uns alle. Die Münchner Zivilgesellschaft und die Stadtpolitik haben dies in der Vergangenheit immer deutlich gemacht.“

Gerade die überparteiliche Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) wurde, wiewohl unzweifelhaft demokratisch legitimiert, in den letzten Jahren immer wieder zur Zielscheibe der Diskriminierung, Benachteiligung und vielfältiger Formen sozialer Ausgrenzung. Um ein Zeichen dagegen zu setzen und dem Bekenntnis der Stadt zu Vielfalt und Pluralismus Nachdruck zu verleihen, sollte künftig auch die BIA deshalb einen festen Platz im „Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat“ finden.

Es sollte dem Oberbürgermeister obliegen, sich für die Zuziehung der BIA zu verwenden und so das Anliegen des „Münchner Bündnisses für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat“ künftig auf ein noch breiteres zivilgesellschaftliches Fundament zu stellen.

Karl Richter
Stadtrat